

Antrag

der Abgeordneten Detlev Spangenberg, Dr. Robby Schlund, Jörg Schneider, Uwe Witt, Paul Viktor Podolay, Jürgen Braun, Ulrich Oehme, Dr. Heiko Wildberg, Dr. Christian Wirth, Marc Bernhard, Siegbert Droese, Mariana Iris Harder-Kühnel, Waldemar Herdt, Jörn König, Christoph Neumann, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Kurzzeitpflegeplätze in Krankenhäusern bundesweit einrichten – Krankenhausstandorte erhalten und stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung führt das Fehlen von Kurzzeitpflegeplätzen oftmals dazu, dass Patienten in Krankenhäusern über das notwendige Maß hinaus verbleiben, dieser Aufwand aber aufgrund der fehlenden stationären Behandlungsbedürftigkeit von keiner Seite vergütet wird. Ein Pilotprojekt in Nordrhein-Westfalen (NRW) ermöglicht Kurzzeitpflegeplätze in Krankenhäusern anzubieten, die für eine eng begrenzte Zeit von maximal acht Wochen im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung die notwendige pflegerische Versorgung sicherstellen können.¹ Die Landesregierung von NRW hat das Modellprojekt mit den Pflegekassen und der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) vereinbart. Nordrhein-Westfalen ist damit das erste Bundesland, in dem Krankenhäuser freie Ressourcen für die Kurzzeitpflege nutzen können. Entsprechende Versorgungsverträge wären zwischen den Kliniken und den Landesverbänden der Kostenträger zu schließen. Die Problematik besteht aber nicht nur in NRW, sondern bundesweit.²

¹ www.mags.nrw/pressemitteilung/startschuss-zum-modellprojekt-kurzzeitpflegeplaetze-in-krankenhaeusern

² www.aerzteblatt.de/nachrichten/109207/Erstes-Krankenhaus-nutzt-Modellprojekt-fuer-Kurzzeitpflegeplaetze-in-Nordrhein-Westfalen

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

deshalb einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem sichergestellt wird, dass die Möglichkeit, Kurzzeitpflegeplätze in Krankenhäusern einzurichten, bundesweit geschaffen wird.

Berlin, den 18. Februar 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Dies hilft den betroffenen Patienten und kann darüber hinaus einen Beitrag leisten, Krankenhäuser in der Fläche sinnvoll zu erhalten und damit auch helfen, die Einrichtungen für die Akutbehandlung ganz allgemein zu verankern.